



Presseinformation

Nr. 224/2004

Kiel, Donnerstag, 17. Juni 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Bildung/Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung

Ekkehard Klug: „Rot-Grün betreibt Bildungsverweigerung zu Lasten der schwächsten Schüler“

In seinem Redebeitrag zu **TOP 23** (Ausbildungsfähigkeit und Berufsorientierung) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Im vergangenen Jahr haben 250.000 junge Menschen in Deutschland nach dem Schulbesuch sogenannte berufsvorbereitende Maßnahmen, ein Berufsgrundbildungsjahr oder ein Berufsvorbereitungsjahr absolviert. Selbst wenn es genügend Ausbildungsplätze gäbe, wären viele Jugendliche nicht in der Lage, mit Erfolg eine Berufsausbildung abzuschließen. Jeder vierte, der bei der Lehrstellensuche leer ausging, war 21 Jahre alt oder älter, also schon ein junger Erwachsener.

In diesen Zahlen wird nicht nur eine Bildungskatastrophe, sondern auch eine soziale Katastrophe sichtbar. Das kann die Politik doch eigentlich nicht ignorieren, aber Rot-Grün ignoriert es: der gestern vorgelegte Antrag der Koalitionsfraktionen ergeht sich eher in Lobhudelei über die offenkundig unzulänglichen Aktivitäten der eigenen Regierung, als dass er die Wirklichkeit offen anspricht.

Allerdings ist eines sicher festzustellen: Allein die Schule, also der Verantwortungsbereich der Landespolitik, wird das Problem nicht lösen können. Es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei deren Bewältigung neben der Politik die Familien genauso gefordert sind wie die Wirtschaft und die Gewerkschaften. Der gestern besiegelte ‚Ausbildungspakt‘ hat neben der Beerdigung der unseligen Ausbildungsplatzabgabe ein Ergebnis gebracht, das in diesem Zusammenhang, wie ich meine, bislang zu wenig gewürdigt worden ist: Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben nicht die Absicht bekundet, zusätzliche Ausbildungsplätze bereitzustellen, sondern sie wollen auch mit 25.000 zusätzlichen Praktikantenstellen Bewerber, die für Ausbildungsplätze noch nicht hinreichend qualifiziert sind, auf den

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Arbeitsmarkt vorbereiten. Das ist ein wichtiger, sehr zu begrüßender Ansatzpunkt.

Die Politik muss nachziehen. Das tut sie aber in Schleswig-Holstein bislang wahrlich nicht! Laut Auskunft des Arbeitsamts Lübeck - nachzulesen in den „Lübecker Nachrichten“ vom 28. April - geht in dessen Zuständigkeitsbereich in diesem Jahr nur jeder fünfte Schulabgänger mit Hauptschulabschluss in eine Berufsausbildung. Vier Fünftel erreichen dies also nicht. Noch schwieriger ist die Situation der Schulabgänger ohne Abschluss. 2002 haben in Schleswig-Holstein etwa 1.600 junge Menschen die Haupt-, Real- und Gesamtschulen und Gymnasien ohne Abschluss verlassen, davon allein 1244 die Hauptschulen.

Keine Schulart wird in Schleswig-Holstein so schäbig behandelt wie die Hauptschulen. Das Bildungsministerium hat selbst einräumen müssen, dass hierzulande an den Hauptschulen zusätzlich 342 Lehrer eingesetzt werden müssten, wenn man dort den bundesweiten Mittelwert der Stundentafeln erreichen wollte. **Rot-Grün praktiziert damit nichts anderes als Bildungsverweigerung zu Lasten der schwächsten Schüler.**

Weil alle abstrakten Schilderungen die Schulwirklichkeit nicht erfassen können, möchte ich ein konkretes Beispiel anführen, das ich bei einem Besuch in einer Grund- und Hauptschule kennen gelernt habe: Eine 8. Klasse, 22 Schüler aus zehn Herkunftsländern. Sechs dieser Schüler mit ‚offiziell‘ anerkanntem „sonderpädagogischem Förderbedarf“ - u.a. in drei Fällen wegen Legasthenie, in einem Fall wegen einer Aufmerksamkeitsdefizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHS). Generelle Probleme: In vielen Elternhäusern wird nicht oder kaum Deutsch gesprochen. Konzentrations- und Merkfähigkeit vielfach sehr gering. Von der 4./5. Stunde an ist deshalb ‚normaler‘ Unterricht wegen fehlender Konzentrationsfähigkeit kaum noch möglich.

So sieht, mit einigen dürren Fakten beschrieben, die Schulsituation in einer Klasse aus, in einer Schulart, der diese Landesregierung ein weit weit unterdurchschnittliches Maß an Lehrerstellen zuteilt.

Man muss eigentlich gar kein Experte sein, um zu begreifen, dass diesen Schülern eigentlich nur eines hilft: ein wesentlich verbessertes pädagogisches Angebot, das vor allem durch mehr Förderstunden dazu beiträgt, die beschriebenen Defizite auszugleichen. Das müsste zu allererst geschehen, bevor überhaupt mehr ‚normaler‘ Unterricht Wirkung erzielen kann. Wenn solche Schulen nicht das hierfür nötige pädagogische Personal erhalten, dann ist alles andere, was die Anträge der CDU, der SPD und Grünen auflisten, nicht viel mehr als Schall und Rauch.

Ganztagsangebote, verbesserte Berufsorientierung, Überprüfung der Lehrpläne, qualifizierter Hauptschulabschluss – dies sind sicher weitere Lösungsansätze, aber ohne die Grundvoraussetzung eines wirklich ‚schülergerechten‘ Bildungsangebots mit einem hohem Anteil an Förderunterricht, und d.h. auch mit den entsprechenden Speziallehrkräften, wird man solchen Problemklassen, von denen es mittlerweile leider viele gibt, nicht im Entferntesten gerecht - und schon gar nicht dadurch, dass man die Schüler nach rot-grüner Zukunftsvision in einem Einheitsschulsystem organisatorisch ‚entsorgt‘.“

Christian Albrecht, Pressesprecher, V.i.S.d.P., FDP Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Landeshaus, 24171 Kiel, Postfach 7121, Telefon: 0431/9881488 Telefax: 0431/9881497, E-Mail: presse@fdp-sh.de, Internet: <http://www.fdp-sh.de/>